

Glühwein nur mit 2G-Nachweis

Weihnachtsmärkte finden trotz Corona vielerorts statt

FREIBURG (dpa/BZ). Trotz der sich verschärfenden Pandemie-Lage soll es in vielen größeren Städten im Südwesten dieses Jahr wieder Weihnachtsmärkte geben. Die Veranstalter etwa in Freiburg, Stuttgart, Karlsruhe und Ulm halten an ihren Märkten trotz der Corona-Alarmstufe fest, die seit Mittwoch gilt.

„Wir halten uns mit dem Weihnachtsmarkt an die geltende Corona-Verordnung des Landes und erachten unser Hygienekonzept für richtig“, sagt Daniel Strowitzki von der Freiburg Markt- und Messgesellschaft (FWTM). Der über die Innenstadt verteilte Freiburger Weihnachtsmarkt soll offen für alle und ohne Absperrungen stattfinden – allerdings gilt Maskenpflicht. Zudem brauchen Besucherinnen und Besucher fürs Essen, Trinken und Karussellfahren ein Bändchen, das sie nach Vorzeigen ihres 2G-Nachweises für einen Euro pro Tag bei FWTM-Mitarbeitern vor Ort kaufen können.

Auch in Straßburg ist Maskentragen Pflicht

Die Elsass-Metropole Straßburg will ihren Weihnachtsmarkt nach einer Corona-Zwangspause 2020 wieder in großem Stil ausrichten. Mehr als 300 Buden sollen vom 26. November an die Besucher locken. Auch hier ist Maskentragen auf dem Markt Pflicht. Fürs Essen und Trinken gibt es speziell ausgewiesene Zonen.

Kleinere Städte wie Bad Krozingen haben indessen ihre Weihnachtsmärkte mit Blick auf die Corona-Infektionszahlen abgesagt. „Schweren Herzens“ habe man sich dazu entschieden, teilte die Stadt Bad Krozingen am Montag mit. Auch in Weil am Rhein, Neuenburg und Breisach wird es keine Weihnachtsmärkte geben.

Dass man sich in kleineren Städten mit Märkten an nur wenigen Tagen und hohem finanziellen Aufwand für Hygienekonzepte für eine Absage entscheide, könne er verstehen, sagte Mark Roschmann vom Schaustellerverband Südwest. Anders sehe es bei den großen Märkten aus, wo es gute Konzepte gebe. Das Weihnachtsgeschäft sei für die Schausteller „immens wichtig“ und mache bis zu 60 Prozent des Jahresumsatzes aus. Sollte das wegfallen, müsse es einen finanziellen Ausgleich geben.



Das Land erfasst von nun an den Einsatz von Pestiziden, die vor allem in der Landwirtschaft ausgebracht werden.

850 Tonnen Gift müssen weg

Regierung stellt ersten Bericht zum chemischen Pflanzenschutz vor / Pro Jahr 1900 Tonnen im Einsatz

Von Jens Schmitz

STUTTGART. Bis zum Jahr 2030 will Baden-Württemberg den Einsatz von Pestiziden um 40 bis 50 Prozent reduzieren – aber wie hoch liegt er bislang überhaupt? Das Ministerium für Ländlichen Raum kommt in einer ersten, vorläufigen Berechnung auf 1900 Tonnen pro Jahr. Im Frühjahr soll ein belastbarer Bericht über die Menge folgen.

„Sie lag eigentlich eher unter meinen Erwartungen“, sagte Agrarminister Peter Hauk (CDU) am Mittwoch dazu. „Ich hätte gedacht, dass wir so in der Größenordnung 3000 Tonnen liegen.“ Es werde deutlich, dass Baden-Württembergs Landwirte „schon lang vor dem Biodiversitätsstärkungsgesetz“ sehr verantwortungsvoll gehandelt hätten.

Das Gesetz war im Jahr 2020 als Ausweg aus dem Streit um das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ vom Landtag beschlossen worden. Es soll die Artenvielfalt schützen und unter anderem den Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln bis zum Jahr 2030 um bis zu 50 Prozent reduzieren. Allerdings

muss dazu bekannt sein, welche Mengen aktuell überhaupt ausgebracht werden. Umweltverbände wie der Naturschutzbund (Nabu) drängen seit Jahren auf entsprechende Transparenz.

Die erste Erfassung hatte Startschwierigkeiten: Repräsentative Angaben soll künftig ein Betriebsmessnetz liefern, das noch nicht vollständig aufgebaut ist, wie Hauk erklärte. Sein Ministerium hat sich deshalb mit Marktforschungsdaten und anderen Statistiken beholfen.

Herbizide und Fungizide werden am meisten verwendet

Im Frühjahr 2022 hofft die Verwaltung, mit Zahlen aus dem komplettierten Messnetz aufwarten zu können. Die aktuellen Angaben seien aber „mehr als eine qualifizierte Schätzung“, so der Minister. Er rechne mit einer Abweichung um die fünf Prozent. Demnach werden in Baden-Württemberg pro Jahr 1900 Tonnen Pflanzenschutzmittel ausgebracht, von denen 98 Prozent auf die Landwirtschaft entfallen. Hauk betonte, dass auf Insektizide weniger als ein Prozent der Menge entfallen. Die mit 52 Prozent größte Menge machen Herbizide aus, also Unkraut-

bekämpfungsmittel. Danach folgen mit 47 Prozent Fungizide, die Pilze abtöten.

Um das Landesziel zu erreichen, müssten die verschiedenen Nutzer den Einsatz bis 2030 auf zusammen 950 bis 1140 Tonnen im Jahr reduzieren. Der Bericht erläutert Strategien dazu, erhofft sich aber auch von bereits getroffenen Entscheidungen wie dem Wegfall von Glyphosat ab 2024 Einsparungen von 145 Tonnen. Sowohl die beabsichtigte Ausweitung des Öko-Landbaus als auch zuverlässigere Wetterprognosen oder die Wiederentdeckung mechanischer Unkrautbekämpfung etwa durch Ackerroboter würden zur Rückführung beitragen, so Hauk. Das Land selbst will durch Forschung und Vorbildbetriebe nicht-chemische Verfahren verbreiten.

Dem 64-seitigen Bericht für den Landtag liegen weitere 60 Seiten der Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau bei, die über „Strategien zur Gesunderhaltung von landwirtschaftlichen Nutzpflanzen im ökologischen Anbau“ aufklären. Der Nabu lobte das Dokument in einer ersten Reaktion. Allerdings, sagte der Landesvorsitzende Johannes Enssle, fehle eine Unterscheidung der Stoffe nach Giftigkeit und Umweltrisiko.

Schlechte Noten für Freiburger Regionalbahnen

Hermann stellt Ranking vor

Von Klaus Rixinger

STUTTGART. Das Landesverkehrsministerium hat ein Ranking der 29 Bahnunternehmen in Baden-Württemberg vornehmen lassen und die Ergebnisse im Internet veröffentlicht. Geprüft wurde auf subjektive Kriterien wie Sauberkeit und Zufriedenheit – ermittelt durch eine Kundenbefragung – und auf objektive Merkmale wie Pünktlichkeit und Zugkapazität. Am schlechtesten abgeschnitten haben Netze der DB Regio AG und SWEG im Raum Freiburg. Als Grund dafür nannte Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) die stark überlastete Rheintalbahn. Dies werde sich jedoch mit der Inbetriebnahme des dritten und vierten Gleises bessern, sagte der Minister bei der Vorstellung des Bewertungsportals am Mittwoch. Bei der landeseigenen Südwestdeutschen Eisenbahngesellschaft (SWEG) sind laut Verkehrsministerium die verspätete Lieferung von Neufahrzeugen und personalbedingte Ausfälle Ursachen für das schlechte Abschneiden. Hermann betonte aber, dass kein Unternehmen „ganz schlecht“ abgeschnitten hätte. Neun seien mit „sehr gut“ bewertet worden, zwölf mit „gut“ und acht hätten sich im Mittelfeld wieder gefunden.

Schweizer Bahnunternehmen schneidet am besten ab

Zu den Gewinnern gehört das Schweizer Eisenbahnunternehmen SBB Deutschland auf den Plätzen eins und drei mit zwei Kurzstrecken von 19 und 66 Kilometern an der Schweizer Grenze. Auf Platz zwei landete die Stadtbahn Heilbronn der Albtal-Verkehrs-Gesellschaft in Karlsruhe. Mit ihrem Streckennetz in der Ortenau belegt die SWEG Platz fünf.

Ziel des Rankings, das alle sechs Monate neu erstellt wird, sei die Qualitätsverbesserung, sagte Hermann. Es gehe um „gut, sicher und sauber“. Bereits seit zwei Jahren müssen die vom Land beauftragten Verkehrsunternehmen Bericht über ihre Arbeit erstatten. Seit Einführung dieses Qualitätsmanagements habe es deutliche Verbesserungen gegeben, so Hermann. Auch das Land arbeitet weiter an der Verbesserung des Angebots. So hat sich nach Mitteilung des Ministeriums die Zugkilometerleistung im Vergleich zu 2011 – dem Datum der Regierungsübernahme der Grünen – um 22,5 Prozent erhöht. Geplant sei, den Stundentakt zwischen 5 und 24 Uhr als Minimalangebot auf einen Halbstundentakt zu erhöhen.

Das Qualitätsranking ist unter www.bwegt.de/qualitaet zu finden.

„Hier war doch nichts“ sagt im Elztal niemand mehr

Landesverband „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ würdigt Erinnerungsarbeit, darunter die der Waldkircher Ideenwerkstatt zur NS-Zeit

Von Sylvia Sredniawa

WALDKIRCH/FREIBURG. Für ihren Beitrag zur Erinnerungsarbeit haben die Ideenwerkstatt „Waldkirch in der NS-Zeit“ und die Geschichtswerkstatt der Lessing-Realschule Freiburg (siehe Infobox) zusammen mit weiteren drei Preisträgern aus Baden-Württemberg den Rahel-Straus-Preis vom Landesverband des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ erhalten. Rahel Straus war eine jüdische Rabinertochter, die sich Anfang

des 20. Jahrhunderts als Gynäkologin politisch engagierte, 1933 nach Palästina emigrierte und die israelische Gruppe der „Women's International League for Peace and Freedom“ gründete.

Der Preis für die Ideenwerkstatt Waldkirch würdigt deren zehnjährige Tätigkeit, stellt aber zugleich – inhaltlich und teils auch personell – den Bezug zu vorherigen Initiativen her. Bereits seit den 1980er-Jahren gab es in der Stadt im Elztal immer wieder Ansätze, um die Zeit des Nationalsozialismus aufzuarbeiten, der Opfer zu gedenken und Tätermotive zu ergründen. Die Stadtgesellschaft tat sich bis über die Jahrtausendwende hinweg nicht leicht damit. „Hier war doch nichts!“, sagte 1989 eine CDU-Gemeinderätin zum Ansinnen ihres SPD-Stadtratskollegen und Historikers Wolfram Wette, dass sich die Kulturtage dem Thema „Waldkirch 1939 – davor und danach“ widmen mögen. Die Kulturtage fanden statt, und mehr noch: Mitten hinein platze nach Wettes Recherchen die bis dahin nicht (mehr) im öffentlichen Bewusstsein verankerte Nachricht, dass ein Mann aus Waldkirch – Karl Jäger – Befehlshaber für die Ermordung der litauischen Juden war. Jäger hatte in Waldkirch zuvor einen mit 200 Mann für eine Stadt wie diese ungewöhnlich großen SS-Sturm aufgebaut. 1941 meldete Jäger seinen Vorgesetzten die Exekution von 137346 Jüdinnen und Juden: Litauen sei nun „ju-



Das Waldkircher Mahmal für die ermordeten Juden Litauens basiert auf der Arbeit der Ideenwerkstatt.

denfrei“. Wette veröffentlichte 2011 ein Buch dazu.

Eine andere Initiative bemühte sich um eine angemessene Erinnerung der kurz vor Kriegsende in Waldkirch erschossenen sieben Deserteure. Der Arbeitskreis „Widerstand und Arbeitergeschichte“ rückte bei Stadtrundgängen

Schauplätze der NS-Zeit ins Bewusstsein und sorgte mit einer Broschüre zur NS-Propaganda, auch zu Wandbildern im Rathaus, für Beachtung. Das Georg-Scholz-Kunstforum und Erinnerungsarbeit mit Zeitzeugen wie dem Judenretter Heinz Drossel am Geschwister-Scholl-Gymnasium sind weitere Beispiele.

An Anfeindungen gegenüber diesen Initiativen bis hin zu Morddrohungen fehlte es nicht. Aber auch nicht an Unterstützern. So fiel 2011 der Aufruf des Liedermachers und Buchhändlers Roland Burkhart, eine Ideenwerkstatt „Waldkirch in der NS-Zeit“ zu gründen, auf fruchtbaren Boden. Nachdem selbst die Nachkommen von Akteuren aus der NS-Zeit hochbetagt oder verstorben waren, war eine Annäherung an das Thema offenbar mit mehr Sachlichkeit und weniger Emotion möglich.

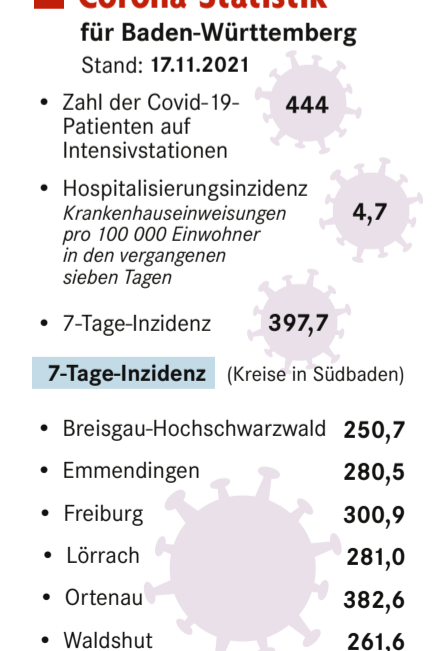
Die Akzeptanz in der Stadtgesellschaft erhöhte sich, Kirchenvertreter und Gemeinderatsmehrheit stellten sich auf die Seite der Ideenwerkstatt. Vor allem aber war es ein Bürgerprojekt, getrieben von Menschlichkeit und angefüllt mit Fleiß und Geduld. Herausragende Ergebnisse waren bislang Erinnerungstafeln für die Deserteure, ein Mahmal für die ermordeten litauischen Juden, zahlreiche Veranstaltungen und die von 27 Autorinnen und Autoren erarbeitete, über 500 Seiten dicke Buch „Hier war doch nichts! Waldkirch im Nationalsozialismus“.

INFO

FREIBURGER PREISTRÄGER

Die Geschichtswerkstatt der Lessing-Realschule Freiburg: Seit 2003 erforscht die inzwischen pensionierte Geschichtslehrerin Rosita Dienst-De-muth mit Jugendlichen die Zwangsschule für jüdische Kinder, die es zwischen 1934 und 1936 an der Lessingsschule gab. Mit 30 der einst mehr als 60 jüdischen Schülerinnen und Schüler – von denen noch sechs leben – gibt oder gab es persönliche Kontakte. Viele von ihnen kamen aus aller Welt zu Besuch. Auch etliche Schicksale von Rettern der Kinder sind durch die Forschungen bekannt geworden. **anb**

Corona-Statistik für Baden-Württemberg



Weitere aktuelle Daten zum Coronavirus: <https://mehr.bz/dashboard>